

erschien wöchentlich zweimal mit illust. Sportblatt, illust. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „Lila“, „Hans Kof Garten“ mit „Photo-Spiegel“.



Inserten- und Abonnements-Annahme in Berlin. Hauptexpedition SW 19, Jerusalemstrasse 49-49, Filialen: Badstr. 61; Blücherstr. 69; Fennstr. 1; Fülchstr. 9; Frankl Allee 298 u. 346; Großwalder Str. 197; Gr. Frankl Str. 101; Kochhausstr. 5; Köpenicker Str. 67/68; Moritzplatz; Müllerstr. 135; Potsdamer Str. 33; Rathenower Str. 3; Rheinberger Str. 70; Rosenstraße 48; Schiffbauerdamm 4; Schönehauser Allee 144; Turmstr. 61; Wiener Str. 1-6; Zimmerstr. 29; Charlottenburg: Kaiserdamm 39; Kanstr. 34; Narnberger Str. 25/26; Scharrenstr. 39; Tauentzienstr. 1; Copernik; Schlossstr. 1; Friedmann; Rheinstr. 19; Halensee-Grünwald; Hertensteinplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfeld-West; Carier 12; Neukölln: Berlin Str. 41; Hermannstr. 66/64; Kaiser-Friedrich-Str. 343; Niederschönhauser-Brückenstr. 23; Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmarzow-Friedrich-Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 22/24; Martin-Luther-Str. 4; Spandau: Breite Str. 47; dorf; Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 22/24; Martin-Luther-Str. 4; Tempelhof: Berlin Str. 147; Tropolow-Krüllstrasse 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13; Uhlendorfer Str. 82; In der Fricke; Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Breda: Schwanditzer Str. 5; Frankfurt a. d. Oder: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburg Str. 23; Stettin: Mönchstr. 31

Berliner Tageblatt

Nr. 361
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

57. Jahrgang
Donnerstag, 2. August 1928

Die Katastrophe von Dinkelscherben.

Der Sachverständigenausschuss.

In der gestrigen Konferenz mit den Parlamentariern beschlossen.

Unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers von Guérard laud (wie im gestrigen Abendblatt schon kurz berichtet) gestern eine Konferenz der parlamentarischen Fachmänner für Verkehrsfragen mit dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. Dörmüller, statt. Ihr wichtigstes Ergebnis war die Einsetzung des vom „Berliner Tageblatt“ bereits seit Wochen mit Nachdruck geforderten Untersuchungsausschusses.

In dem amtlichen Bericht über den Verlauf dieser Konferenz wird die Schaffung dieses Untersuchungsausschusses mit folgenden Worten umschrieben: „Unbeschadet der unverzüglichen Durchführung der zwischen Reichsverkehrsminister und Generaldirektor schon vereinbarten Massnahmen wird beschlossen, eine besonderen Arbeitsausschuss einzusetzen, dessen Aufgabe es ist, die gesamte Sicherheitsfrage der Reichsbahn eingehend durchzuprüfen. Die Zusammensetzung dieses Ausschusses, der nicht zu gross sein soll, wurde dem Reichsverkehrsminister überlassen; der Ausschuss soll seine Arbeiten tunlichst bald aufnehmen und über das Ergebnis berichten. Die Frage der Zusammensetzung des Arbeitsausschusses ist seitens des Reichsverkehrsministers unverzüglich in Angriff genommen. Im Anschluß an die Tätigkeit des Ausschusses wird die Deutsche Reichsbahngesellschaft eine ausführliche Denkschrift

ausarbeiten, welche die einzelnen Unglücke und die erforderlichen Sicherheitsmassnahmen darstellt.“

Im einzelnen wird über den Gang der Verhandlungen folgendes berichtet: Zu Beginn gedachte der Reichsverkehrsminister und nach ihm alle Teilnehmer der Sitzung (unter denen die geladenen Vertreter der Bayerischen Volkspartei merkwürdigerweise fehlten), mit tiefster Anteilnahme der beklagenswerten Opfer des Dinkelscherbener Unglücks. Der Reichsverkehrsminister erläuterte dann den Zweck dieser Besprechung und stellte unter Zustimmung Dr. Dörmüllers den Satz an die Spitze,

„dass bei dem Bestreben um die höchste Betriebssicherheit die Kostenfrage keine Rolle spielen dürfe.“

Dann wurden Ursachen und Folgen der einzelnen Unglücksfälle ausführlich durchgeprüft und die Massnahmen zur Sicherung des Betriebes, die bisher in Aussicht genommen sind, allseitig gebilligt. Vor allem bestand Übereinstimmung darüber, dass die Diensterteilung im ganzen Gebiet der Reichsbahn einheitlich werden, das heisst die Diensterteilung der nördlichen Bahnen auf die süddeutschen Bahnen übertragen werden müsse. Von den parlamentarischen Teilnehmern der Konferenz war besonders betont worden, dass die Verhältnisse in Süddeutschland einer scharfen Nachprüfung bedürfen.

Das vom Reichsverkehrministerium herausgegebene Communiqué spricht von einem „Arbeitsausschuss“, der zu dem Zwecke eingesetzt werden soll, „die gesamte Sicherheitsfrage der Reichsbahn eingehend durchzuprüfen.“

Der Ausdruck „Arbeitsausschuss“ muss im hohen Grad befremden. Es handelt sich um einen Untersuchungsausschuss. Und zwar um einen Untersuchungsausschuss genau in derselben Form, wie ihn das „Berliner Tageblatt“ zuerst vorgeschlagen und gefordert hatte. Die Besprechung, die der parlamentarische Ausschuss gestern unter Vorsitz des Reichsverkehrsministers und in Anwesenheit des Generaldirektors der Reichsbahn abgehalten hatte, war absolut beherrscht von der Idee, dass die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses eine moralische Notwendigkeit sei. Die Einsetzung dieses Ausschusses richtet sich nicht gegen Generaldirektor Dr. Dörmüller, der deutlich genug erklärt hat, dass er im Interesse der Betriebssicherheit mit rücksichtsloser Strenge durchgreifen werde. Die Panik, die über die Häufung der Unglücksfälle in Süddeutschland entstanden ist, ist so gross, dass man Dr. Dörmüller ruhig glauben kann, wenn er mitteilen lässt, dass sich seine Massnahmen nicht nur auf die Sicherheitsvorschriften, die Art der Betriebsführung und die Arbeitszeit der Angestellten, sondern auch auf die unersetzlichen Veränderungen in den Personalien erstrecken werden. Der Untersuchungsausschuss wird vom Reichsverkehrsminister im Benehmen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn berufen werden. Er soll sich aus Eisenbahnsachverständigen, Wirtschaftlern, Vertretern des Personals und solchen Parlamentariern zusammensetzen, die mit den Eisenbahnfragen besonders vertraut sind. Er ist kein politischer, parlamentarischer oder juristischer Ausschuss, sondern er soll praktische Fragen prüfen und lösen. Der Ausschuss wird zum Beispiel die Verhältnisse zu prüfen haben, die bei der Reichsbahn in bezug auf den Oberbau, die Signaleinrichtungen, die Sicherheitsmöglichkeiten und die Personalfragen bestehen. Der Ausschuss wird nicht viele Mitglieder umfassen, damit seine Arbeitsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird.

Ausserdem wurde von dem parlamentarischen Beirat angeregt, dass die Reichsbahn eine Denkschrift über ihre Wirtschaftslage, über den Oberbau, über die Sicherheitseinrichtungen und Personalverhältnisse nach dem gegenwärtigen Stand vorlege, die nach ihrer eigenen Kenntnis bestehenden Mängel angebe und Vorschläge zu ihrer Beseitigung mache. Dr. Dörmüller hat sich damit einverstanden erklärt. Die Denkschrift soll dem parlamentarischen Beirat vor ihrer Veröffentlichung vorgelegt werden. Das Gegenstück zu dieser Denkschrift wird der Bericht des vom parlamentarischen Beirat gewünschten Untersuchungsausschusses sein. Denkschrift und Bericht sollen sodann dem Reichstag zugeleitet und veröffentlicht werden. Schon heute sieht fest, dass sich der Reichstag kurz nach seinem Wiederzusammentritt im Spätherbst mit den Unglücksfällen bei der Reichsbahn beschäftigen wird.

Die Ernennung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses soll in nächster Zeit erfolgen. Obwohl der Untersuchungsausschuss berufen ist, das gesamte Sicherheitsproblem der Reichsbahn zu prüfen, und obwohl die einzelnen vorgekommenen Unglücksfälle Besichtigungen notwendig machen und schon heute ein sehr weitschichtiges Material liefern, wird gehofft, dass der Ausschuss seine Arbeit nicht in Monaten, sondern in Wochen beenden wird.

Ferner werden in Richtigstellung ungenauer oder unvollständiger Angaben noch die Personalien folgender Toten mitgeteilt:

- Hohlmann, Schliersee, Johann Pichel, Bergmann aus Miesbach, Jakob Rehm aus Boschof bei Beuerberg.

Eine männliche und eine weibliche Leiche, die noch in der Dinkelscherbener Güterhalle liegen, sind noch nicht identifiziert. Ausserdem weist die revidierte Liste fünf Verwundete auf, die im Krankenhaus Zusmarshausen liegen, und 31 Verletzte, die im Augsburger Krankenhaus untergebracht sind.

Endgültige amtliche Totenliste.

(Telegramm.)

AUGSBURG, 1. August. (W. T. B.)

Eine von amtlicher Seite seeben ausgegebene berichtigte Toten- und Verwundetenliste enthält ausser den bereits gemeldeten noch folgende Namen von Toten: Wilhelma Hölzel, Musikstudierende aus Albertshausen bei Würzburg, Lehrerin Marie Fischer aus Wolfrathshausen, Kaufmann Karl Jetter aus München.

Bratianus Anleihesieg.

Die Stabilisierung nur ein Anfang. — Französische Hilfe mit politischem Hintergrund. — Die Verständigung mit Deutschland. — Aufbauen, nicht „wiederaufbauen“!

Von unserem Korrespondenten
Dr. I. Schmerz.

BUKAREST, 28. Juli.

Nach dreitägigen Beratungen ist das rasch zusammenberufene Parlament wieder in Ferien gegangen. Zum ersten Male seit der Errichtung Grossrumäniens hatte ein Bukarester Parlament über Anleihefragen zu beschliessen. Dass die Regierungsvorlagen unverändert angenommen wurden, braucht, da wir von Rumänen sprechen, nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Regierung Bratianus wurde von ihrem Parlament also ermächtigt, eine Auslandsanleihe aufzunehmen. Diese Auslandsanleihe dient, nach der Vorlage, der im Herbst vorzunehmenden Stabilisierung der rumänischen Währung und der Entwicklung des rumänischen Eisenbahnwesens. Sie ist, so sagt die Regierung, bereits abgeschlossen, die Verschlebung der Ausgabe für die Zeit zwischen dem 15. September und dem 1. Oktober ist nur auf taktische Erwägungen zurückzuführen. 250 Millionen Dollars soll die ganze Anleihe betragen, davon sollen im Herbst 50 Millionen zur Zeichnung aufgelegt werden. Sollen . . . werden . . . in den Aeusserungen der Regierung sind auffallend viele Bedingungsätze, viel Zukunftsmusik, entfallen. Daran stösst sich die Opposition; sie behauptet, es läge gar nichts vor, es sei kein Vertrag abgeschlossen, der die Finanzleute zu irgend etwas verpflichte. Verpflichtet sei lediglich die rumänische Regierung, die vor allem die Bezahlung der Kriegs- und der Vorkriegsschulden ganz nach den Wünschen der zukünftigen Geldgeber habe zugestehen müssen. Von barem Gelde aber, das den durch jahrelange Deflationsdürre vertrockneten Boden der rumänischen Wirtschaft befruchten soll, sei noch lange keine Rede. Die Regierung habe also einen Misserfolg erlitten, sie müsse gehen. Die Regierung aber erklärt das ganze Vorbringen ihrer Gegner als lästiges Querulantenstück. Sie habe eine Anleihe aufgenommen, trotzdem die „unpatriotische“ Opposition durch ihr Auftreten im Inlande und im Auslande ihre Aufgabe, ihre Pläne alles eher als gefördert habe. Im Herbst werde man sich zu überzeugen Gelegenheit haben. Nun, bis zum Herbst ist nicht mehr weit, man muss sich eben, was bleibt einem sonst übrig, in Geduld fassen. Indessen flüchtet alle Welt aus Bukarest, auf das seit Monaten bereits eine unbarmherzige Sonne herniederglüht, in kühlere Regionen — eine Atempause ist gewonnen. Nachher aber heisst es: entweder — oder.

Für heute soll von dem innerpolitischen Beiwerk, mit dem hier schlechthin jede Frage „geschmückt“ ist, abgesehen werden, es sollen nur jene Fragen erörtert werden, die durch die neue Finanzpolitik Rumäniens aktuell wurden. Es soll auch keine indiscrete Frage gestellt werden, obwohl wir natürlich lügen müssten, wenn wir behaupten wollten, die Höhe des Emissionskurses, die Höhe der Verzinsung, Art und Umfang etwaiger Sicherheiten seien gar nicht interessant. Fasst man das Problem von der europäischen Seite her, so handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger, als um Rumäniens Eingliederung in den europäischen Wirtschaftskörper, aus dem Rumänien sich durch die bisher geübte Finanz- und Wirtschaftspolitik selbst ausgeschaltet hat. Die Stabilisierung der rumänischen Währung ist kein Abschluss — sie kann nur der Anfang einer Entwicklung sein, die Rumänien wirtschaftlich zu Europa zurückzuführen muss, wenn sie normal verläuft und nicht wieder mit unnötigen Experimenten belastet wird. Dass Vintila Bratianu sich nach jahrelangem Sträuben fast in zwölfster Stunde zur Stabilisierung bekehrt hat, soll ihm, im Gegensatz zur Opposition, die erklärt, er führe, um sich zu retten, ihre Pläne durch, nicht zum Vorwurf gemacht werden. Man darf auch nicht übersehen, dass Vintila Bratianu dem Beispiel seines grossen Vorbildes — auf diesem Gebiete — Poincaré folgt. Poincaré hat sich auch nicht ohne Grund mit solcher Wärme für die rumänische Anleihe eingesetzt. Davon dürfte Herr Moreau, der Gouverneur der Bank von